

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.04.2022

Inhalt

EWN

1 Atommüll-Zwischenlager: Planungen in Lubmin ungenügend <i>BUND.net, 07.04.2022</i>	3
2 Bis zu acht neue Kernkraftwerke <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2022</i>	4

Atommüll-Zwischenlager: Planungen in Lubmin ungenügend

BUND legt neue Stellungnahme zum Zwischenlager vor und fordert Gesamtkonzept

Berlin. Nach mehr als 15 Jahren gibt es nun erstmals konkrete Pläne für einen Neubau eines Zwischenlagers in der Nähe des ehemaligen Atomkraftwerks (AKW) Greifswald in der Gemeinde Lubmin. In einer heute vorgelegten Stellungnahme äußert sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisch zum Neubau in Lubmin. Zudem hat der Verband im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Genehmigungsverfahren eine Einwendung eingereicht.

Der BUND bemängelt, dass die Planungen den notwendigen Sicherheitsanforderungen für hochradioaktive Abfälle nicht entsprechen. So wird der Zeitraum zwischen dem Auslaufen der Zwischenlager-Genehmigung und der Bereitstellung eines dauerhaften Atommüll-Lagers nicht überbrückt. Dazu sagt Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin des BUND: "Lubmin darf so nicht gebaut werden. Die bisherige Planung ist unzureichend und muss an die Anforderungen einer Langzeitlagerung angepasst werden."

In den kommenden zwei Jahrzehnten verlieren alle Zwischenlagerstandorte ihre Genehmigungen. Deshalb muss die Frage nach der Langzeitlagerung grundlegend angepackt werden. Von Broock weiter: "Nun rächt sich, dass die Folgen der Atomkraft beim Einstieg in diese hoch riskante Technologie ignoriert wurden. Um diese Fehler zu heilen, müssen die verantwortlichen Behörden wenigstens jetzt weitsichtig und verantwortungsbewusst handeln. Es braucht verbindliche Voraussetzungen und deutliche Sicherheitsnachbesserungen."

Nach den vorliegenden Unterlagen wird deutlich, dass die Aufbewahrungsgenehmigung für einige Behälter im geplanten neuen Zwischenlager ESTRAL bereits 2036 endet. Dieser Zeithorizont ist nicht deckungsgleich mit Aussagen der Bundesregierung, die frühestens 2050 mit der Inbetriebnahme eines dauerhaften Lagers für den Atommüll rechnet. Es ist unklar, was nach 2036 mit den Behältern in Lubmin passieren soll, vermutlich werden sie ungenehmigt weiter im Zwischenlager verbleiben.

"Die bisherige Planung für das Zwischenlager in Lubmin ist unzureichend", kritisiert Oda Becker, Diplom-Physikerin und Autorin der Stellungnahme. "Sehen den Auges riskiert das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vor Ort einen unhaltbaren Zustand. Die Dauer der erforderlichen Aufbewahrung der Behälter bestimmt den Umfang der von der Behörde geforderten Sicherheitsanalysen und Einrichtungen. Eine risikoarme Zwischenlagerung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Endlagersuche!"

Weitere Mängel sind laut BUND das Fehlen einer Reparatereinheit für defekte Castoren, sowie der unzureichende Schutz gegen Terrorangriffe mit einem Beschuss durch panzerbrechende Waffen. Abschließend betont die BUND-Vertreterin von Broock die Tragweite des Genehmigungsverfahrens in Mecklenburg-Vorpommern: "Das neue Zwischenlager Lubmin wird zum Vergleichsfall für andere Zwischenlagerplanungen in Deutschland. Aus Sicht des BUND muss ein deutlich höherer Standard gelten, als bisher geplant."

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 08.04.2022 | S. 17

 Auflage: 210.695 | Reichweite: 940.692

 Philip Plickert

Bis zu acht neue Kernkraftwerke

Johnson setzt auf Atomkraft und Windparks im Meer

ppl. LONDON. Die britische Regierung plant langfristig einen starken Ausbau der Kernenergie mit dem Bau von bis zu acht neuen Atommeilern bis 2050 sowie Tausende neue Windturbinen auf dem Meer. Das sind die Kernbestandteile der neuen "Energiesicherheitsstrategie", die Premierminister Boris Johnson am Donnerstag in London vorgestellt hat. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl mit schwankenden Weltmarktpreisen soll sinken. Schon im Jahr 2035 sollen 95 Prozent der Stromerzeugung mit CO₂-armen Technologien erfolgen. Johnson sprach von einem "kühnen Plan, um bezahlbare, saubere und sichere Energie aus Britannien und für Britannien auszubauen". Bis Ende dieses Jahres stoppt Britannien alle Öl- und Gasimporte aus Russland. Kohlekraftwerke spielen schon jetzt kaum noch eine Rolle auf der Insel.

Johnson folgt Frankreichs Energiepolitik mit seinem Fokus auf Kernkraftwerke. Die Atomenergiekapazität soll von derzeit noch 11 Gigawatt (etwa 16 Prozent des Strommixes) in den kommenden drei Jahrzehnten auf 24 Gigawatt erhöht werden. Mitte des Jahrhunderts sollen damit 25 Prozent des elektrischen Stroms erzeugt werden. "Kleine modulare Reaktoren werden eine Schlüsselrolle der nuklearen Projektpipeline spielen", schrieb die Regierung. Der Industriekonzernt Rolls-Royce hat solche Klein-AKW's entworfen. Mehrere alte Atomkraftwerke werden im Laufe dieses Jahrzehnts abgeschaltet, dadurch wird der Atomkraftanteil am Strommix zunächst sinken.

Die Kapazität der Windkraftparks auf dem Meer (Offshore) von bislang 11 Gigawatt soll mehr als vervier-

facht werden. Das Ziel für die installierte Leistung wird von 40 auf 50 Gigawatt schon im Jahr 2030 heraufgesetzt. Diese könnten bei sehr günstigem Wind alle Haushalte des Königreichs mit Elektrizität versorgen. Bei Windrädern auf dem Land bleibt die Regierung jedoch auf der Bremse. Onshore-Windkraftanlagen sind seit einem Moratorium 2015 praktisch kaum noch gebaut worden, da es lokale Proteste und Widerstand von konservativen Parlamentsabgeordneten gab. Sie befürchten die Zerstörung von Landschaften. Die Regierung kündigte nun Beratungen mit Gemeinden an, die den Bau von Windrädern wünschen. Die Labour-Opposition warf Johnson falsche Prioritäten vor. Klimasprecher Ed Miliband sagte, er unterstütze zwar den Atomkraftkurs, doch am schnellsten und am billigsten könnte saubere Energie durch neue Onshore-Windräder erzeugt werden. Dies hätten Tory-Abgeordnete verhindert. Teil der neuen Energiesicherheitsstrategie ist auch, dass wieder mehr Projekte für Öl- und Gasfelder in der Nordsee genehmigt werden sollen, obwohl es dagegen Proteste von Umweltschutzgruppen gibt und Großbritannien bis 2050 Netto-Null-CO₂-Emissionen versprochen hat.

Die Energiesicherheitsstrategie hatte sich um mehrere Wochen verzögert, weil es hinter den Kulissen ein heftiges Tauziehen zwischen Johnson, Schatzkanzler Rishi Sunak sowie Wirtschafts- und Energieminister Kwasi Kwarteng um den Bau der Atomkraftwerke gab. Derzeit wird in Somerset das neue Atomkraftwerk Hinkley Point C mit zwei Reaktoren gebaut. Geplant ist auch an der Ostküste der Druckwasserreaktor Sizewell B. Auch das Wylfa-Kraftwerksprojekt, das Hitachi aufgegeben hat, will Johnson wiederbeleben.